Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3157**
15. Wahlperiode 21. 05. 2004

Fragen

für die Fragestunde der 110. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 26. Mai 2004

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordnete **Gitta Connemann** (CDU/CSU)

Trifft es nach Auffassung der Bundesregierung zu, dass nach dem geplanten Berufsausbildungssicherungsgesetz diejenigen Ausbildungsbetriebe, deren Auszubildende aufgrund überdurchschnittlicher Leistungen vorzeitig zur Abschlussprüfung zugelassen werden, wodurch die entsprechenden Lehrstellen in diesen Betrieben dann bis zu einem halben Jahr nicht besetzt sein würden, eine Ausbildungsplatzabgabe zahlen müssten, und wie beurteilt sie vor diesem Hintergrund die sich daraus ergebene Situation der Betriebe und ihrer Auszubildenden?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

2. Abgeordneter **Dietrich Austermann** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund des öffentlichen Erscheinungsbildes der Bundesregierung in den Medien die Auffassung der Begründung der Preisverleihung des PR-Preises „Gold Award“, dass Staatssekretär Béla Anda den Preis verdient habe, da er als Regierungssprecher eine ruhige und klare Linie in die Kommunikation der Bundesregierung gebracht habe?

3. Abgeordneter **Bernhard Kaster** (CDU/CSU)

Welche fünf der in der Antwort des Stellvertretenden Chefs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Dr. Herbert Mandelartz, vom 17. Mai 2004 auf meine schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 5/86 mitgeteilten Kinos bzw. Kinoketten haben jeweils prozentual den größten Anteil am jeweiligen Schaltungsvolumen der Kinospotkampagnen der Bundesregierung, und wie hoch ist dieser prozentuale Anteil jeweils?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

4. Abgeordnete **Petra Pau** (fraktionslos)

Welche Kenntnisse konnte der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, während seiner jüngsten Gespräche mit Vertretern der US-Regierung über Folterungen in Guantanamo Bay, in Afghanistan und im Irak gewinnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

5. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Wie wird die Bundesregierung angesichts der Vereinbarungen über Hausarztmodelle, Bonusprogramme usw., deren Nutzung für Versicherte in der gesetzlichen Krankenkasse die Befreiung von der Praxisgebühr zur Folge hat, in den Beihilfevorschriften des Bundes sicherstellen, dass diese Möglichkeiten zeit- und wirkungsgleich in das Beamtenrecht übertragen werden, und welche Berücksichtigung soll die Tatsache finden, dass die Krankenversicherungskosten für gesetzlich Versicherte leicht sinken, während sie für Beihilfeberechtigte (laut Bundesministerium des Innern zum Jahresbeginn 2004 um ca. 10 %) deutlich steigen?

6. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Wann ist damit zu rechnen, dass die Bundesregierung die vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Fritz Rudolf Körper, am 11. März 2004 auf der Arbeitstagung der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft in Berlin angekündigten Lösungsvorschläge für das Problem vorlegt, dass laut Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern, Fritz Rudolf Körper, vom 29. Oktober 2002 auf die schriftliche Frage 14 des Abgeordneten Erwin Marschweski (Recklinghausen) auf Bundestagsdrucksache 15/43 rund 183 000 Beamte als so genannte freiwillige Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung ihre Krankenversicherungskosten allein – ohne Arbeitgeberzuschuss – tragen müssen, und ist in diesem Zusammenhang geprüft worden, ob eine weitere Öffnung des beihilfefähigen Standardtarifs in der privaten Krankenversicherung die bestehenden Probleme ausräumen könnte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

7. Abgeordnete **Sibylle Laurischk** (FDP)

Wie wird die Bundesregierung auf den Beschluss des Bundesgerichtshofes zur Verfassungswidrigkeit des § 13 Abs. 1 Satz 3 Insolvenzrechtliche Vergütungsverordnung (InsVV) bei masselosen Verbraucherinsolvenzen vom 15. Januar 2004 (Az: IX ZB 46/03) reagieren, und in welchem Zeitraum?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

8. Abgeordnete **Sibylle Laurischk** (FDP)

Wann wird die Bundesregierung den Entwurf eines Gendiagnostikgesetzes vorlegen, und wie wird sie der auf rechtlich nicht eindeutiger Grundlage um sich greifenden Praxis von heimlichen Vaterschaftstests mit damit einhergehender Organisation von Gendiagnostikinstituten (siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. April 2004) begegnen?

9. Abgeordneter **Jens Spahn** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage der Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Helga Kühn-Mengel, dass sie sich als Sorgentelefon und Kummerkasten nicht verschleißen lassen könne (vgl. Der Gelbe Dienst vom 8. April 2004), mit Blick auf die Wirkung bei Hilfe suchenden Patienten, und wie definiert die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Aufgabe ihrer Patientenbeauftragten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

10. Abgeordneter **Dr. Andreas Schockenhoff** (CDU/CSU)

Welche Haltung vertritt die Bundesregierung in Bezug auf noch nicht beglichene Kosten und ausstehende Schadensregulierungen bei den vom Flugzeugunfall am Bodensee vom 1. Juli 2002 betroffenen deutschen Städten, Gemeinden und Landkreisen, vor dem Hintergrund, dass der schweizerische Entschädigungsfonds für die Abgeltung der sich aus dem Flugunfall ergebenden Forderungen auch mit Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland eingerichtet worden ist?

11. Abgeordneter **Dr. Andreas Schockenhoff** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass trotz Abgabe der Durchführung der Flugsicherung an die schweizer „skyguide“ nach wie vor die eigentliche hoheitliche Aufgabe und auch die Haftung bei der Bundesrepublik Deutschland liegt, und wie bewertet sie die jeweilige Berechtigung privater bzw. öffentlich-rechtlicher Antragsteller auf Kostenerstattung und Schadensregulierung aus dem unter bundesdeutscher Beteiligung aufgestellten Entschädigungsfonds?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

12. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Ist dem Bundeskanzler, Gerhard Schröder, bekannt, dass das Bundesministerium der Finanzen bei meiner schriftlichen Einzelfrage vom 5. Mai 2004, zugeleitet am 6. Mai 2004, die gemäß Nummer 14 der „Richtlinien für die Fragestunde und die schriftlichen Einzelfragen (Anlage 4 zur GO-BT)“ vorgeschriebene Beantwortungsfrist von einer Woche weit überzogen hat, und was gedenkt er generell im Hinblick auf die Einhaltung der Beantwortungsfrist zu unternehmen?

13. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass die SchmidtBank in Bayern 17 000 ihrer Kunden in einer Abwicklungsbank in Hof zusammenfasst, welche einen nicht unerheblichen Teil der üblichen Bankdienstleistungen nicht mehr voll gewährleistet, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung diese Vorgänge im Hinblick auf die bestehenden gesetzlichen Regelungen, insbesondere der Bankenaufsicht (z. B. Kreditwesengesetz)?

14. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die betroffenen Kunden der SchmidtBank beim Wechsel des Kreditinstitutes zu unterstützen?

15. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (fraktionslos)

Welche Steuerausfälle erwartet die Bundesregierung bezogen auf die wichtigsten Steuerarten (Mehrwertsteuer, Lohnsteuer etc.) in diesem und im nächsten Jahr, und wie steht die Bundesregierung zu der Erwägung, zum Schuldenabbau eine Millionärsteuer bzw. Vermögensteuer noch in dieser Legislaturperiode zu erheben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

16. Abgeordneter
Uwe Schummer
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Differenz von Plätzen in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen, die daraus resultiert, dass für das Jahr 2003 die Bundesagentur für Arbeit (BA) 162 692 Eintritte von Teilnehmern in berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen verzeichnet hat und in den öffentlichen Ausschreibungen sowie den freihändig-wettbewerblichen Vergaben der Regionaleinkaufzentren der BA für die Durchführung von berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen nach dem neuen Fachkonzept für das Ausbildungsjahr 2004/2005 insgesamt 71 716 Teilnehmerplätze ausgeschrieben werden?

17. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)

Gelten die Einschränkungen der Dienstleistungsfreiheit auch für Arbeitnehmer aus den seit 1. Mai 2004 beigetretenen osteuropäischen Staaten, wenn die Arbeitnehmer (z. B. Schlosser oder Schweißer) in Deutschland bei einem deutschen oder osteuropäischen Leiharbeitsunternehmen als Dienstleistende oder so genannte Erfüllungsgehilfen tätig werden?

18. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)

Wie hat sich der Rüstungsexport der Bundesrepublik Deutschland nach Israel seit 1999 entwickelt?

19. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(fraktionslos)

Mit welchem Verlust an Arbeitsplätzen rechnet die Bundesregierung, falls der Vorschlag des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, umgesetzt werden sollte und die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in den neuen Ländern gekürzt würden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

20. Abgeordneter **Hans-Michael Goldmann** (FDP)

Wann und in welcher Form wird die Bundesregierung ihrer Verpflichtung gemäß Artikel 11 der Verordnung (EG) Nr. 998/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Veterinärbedingungen für die Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken und zur Änderung der Richtlinie 92/65/EWG des Rates nachkommen, die Bevölkerung in „leicht zugänglicher“ und „verständlicher“ Weise über die Anforderungen der Verordnung zu informieren?

21. Abgeordneter **Hans-Michael Goldmann** (FDP)

Wann und durch wen werden die entsprechenden Ausweisvordrucke den zur Ausstellung befugten Tierärzten zur Verfügung gestellt werden?

22. Abgeordneter **Cajus Julius Caesar** (CDU/CSU)

Welche Gründe sind für die Bundesregierung maßgeblich, die Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel von bisher 17 auf sieben Institute an zwei Standorten zu reduzieren, und wie ist der Sachstand zur Standortfrage, insbesondere für den Standort Detmold, der zukünftigen Bundesforschungsanstalt?

23. Abgeordneter **Cajus Julius Caesar** (CDU/CSU)

Welche Rolle spielt die Stärkung des ländlichen Raums, die ein erklärtes Ziel des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft ist, in ihren Umstrukturierungsplänen in Bezug auf die Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel, und wie sieht die Kostenstudie zum geplanten Umzug bezogen auf den Abbau besonders aufwendiger Versuchsinstrumente, wie z. B. Weizen- und Roggenmühlen (300 kg/h) und Rohwarensilos, aus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

24. Abgeordneter **Reinhard Grindel** (CDU/CSU)

Warum wird das einvernehmlich von allen Kommandanten/Leitern der Depots der Bundeswehr entwickelte „Kriegsfelder Modell“, wonach das künftige Materialdepot Hesedorf einen für die Erfüllung

seiner Aufgaben zwingend notwendigen Stundensatz von 90 000 Stunden pro Jahr erhalten soll, nicht umgesetzt?

25. Abgeordneter **Reinhard Grindel** (CDU/CSU)

Wie verträgt sich die Zusage des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Peter Struck, jedem Mitarbeiter, der im künftigen Materialdepot Hesedorf nicht mehr beschäftigt werden kann, eine adäquate Verwendung in der Bundeswehr anzubieten, mit der Feststellung des zuständigen Personalrats, wonach 70 in der regionalen Instandsetzung eingesetzte Handwerker ab dem 1. Januar 2005 nicht mehr beschäftigt werden können und eine andere Verwendung bei der Bundeswehr in einem Umkreis von mindestens 50 Kilometern nicht möglich ist?

26. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Ist nach Kenntnis der Bundesregierung seitens der US-Streitkräfte geplant, die zum 214. Heeresfliegerbataillon gehörenden und jetzt in Wiesbaden-Erbenheim stationierten Starrflügler (sechs Cessna-Citations und neun C12-Turbo-Prop-Maschinen) nach dem Sicherheitsausbau der Start- und Landebahn des Coleman-US-Militärflugplatzes in Mannheim-Sandhofen dorthin zu verlagern?

27. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Wann rechnet das Bundesministerium der Verteidigung mit einer endgültigen Entscheidung der Wehrbereichsverwaltung Süd als Genehmigungsbehörde im von den US-Streitkräften beantragten luftverkehrsrechtlichen Änderungsgenehmigungsverfahren zum Ausbau der Start- und Landebahn des Coleman-Flugplatzes in Mannheim-Sandhofen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

28. Abgeordnete **Dr. Maria Flachsbarth** (CDU/CSU)

Wie viele Kunststoffabfälle wurden in den letzten fünf Jahren von Deutschland nach Asien zum Recycling exportiert?

29. Abgeordnete
Dr. Maria Flachsbarth
(CDU/CSU)

Welche Konsequenzen erwachsen nach Einschätzung der Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit (ökologische, ökonomische und soziale Aspekte) aus dieser Entwicklung?

30. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)

Wie ist der aktuelle Stand hinsichtlich des geplanten Transportes von Brennelementen aus dem Forschungsreaktor Rossendorf in das Zwischenlager Ahaus, und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Klage des Landes Nordrhein-Westfalen gegen die erteilte Transportgenehmigung?

31. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur räumlichen Abgrenzung von Flora-Fauna-Habitat-Schutzgebieten in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Nord- und Ostsee, wenn die Veränderung der Definition der Habitate Riff und Sandbank nicht im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten möglich ist?

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333